

Die Regierung der DDR rief die kernwaffenbesitzenden Mächte auf, soweit sie Kernwaffen auf deutschem Territorium stationiert haben, diese zu entfernen und auch künftig keine Kernwaffen auf deutschem Boden zu stationieren.

Anfang Juli 1966 trat der Politische Beratende Ausschuß der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Bukarest zusammen, um internationale Fragen, insbesondere Fragen der europäischen Sicherheit, zu beraten. Die Deklaration über die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa stellt die bisher wichtigste Initiative der sozialistischen Länder zur Entspannung und Friedenssicherung in Europa in den letzten Jahren dar. Die in dieser Deklaration entwickelten Vorschläge berücksichtigen die Überlegungen und Vorstellungen verschiedener politischer Kräfte in Europa. Sie wurden so zu einem wegweisenden, langfristigen Programm des Friedens. Sie zeigen den Weg zu Frieden und Sicherheit auf unserem Kontinent. Dabei stehen im Mittelpunkt des Kampfes die Anerkennung der in Europa existierenden Grenzen, einschließlich der Staatsgrenzen der DDR, sowie die Aufnahme und Pflege normaler Beziehungen zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten.

Die konsequente Friedenspolitik der DDR hat die Bonner Politik des Revanchismus, der Aufrüstung und Aggressionsvorbereitung beträchtlich erschwert. Sie trug dazu bei, daß der friedensgefährdende Charakter der Bonner Politik von den Völkern der Welt in wachsendem Maße erkannt wird und die westdeutsche Politik auf immer stärkere internationale Ablehnung stößt. Zugleich führte die konsequente und konstruktive Friedenspolitik der DDR zu einem beträchtlichen Anwachsen ihrer internationalen Autorität. Als einer der ersten Staaten trat die DDR gleichberechtigt dem „Vertrag über Prinzipien der Tätigkeit der Staaten zur Erforschung und Nutzung des Weltraums, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper“ bei.

Die Deutsche Demokratische Republik wird heute in stärkerem Maße als je zuvor als wichtiger Faktor der Erhaltung des Friedens in Europa und in der Welt betrachtet. Davon zeugt auch die große internationale Resonanz, die das von der 14. Tagung des Zentralkomitees der SED Mitte Dezember 1966 vorgeschlagene Minimalprogramm gefunden hat:

1. Förderung des Zustandekommens eines internationalen Vertrages, der das Verbot der Weitergabe von Kernwaffen in jeglicher Form zum Inhalt hat.

2. Förderung des Zustandekommens einer Sicherheitskonferenz aller